№ 133. Dienstag, 22. September. 1908.

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwochs und Sonnabends erscheinenden „Belletristischen Beilage" bei Abholung vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, bei Zustellung ins Haus 1 ℳ 70 ₰, bei allen Postanstalten 1 ℳ 50 ₰ exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der letzteren Abends 8 Uhr.
Dreiundsechzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 25 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Montag, den 28. September 1908, nachmittags 1 Uhr, sollen in **Oberneukirch** folgende Gegenstände als: **1 Karton mit neuen Sargbeschlägen, 19 Scheiben Tafelglas, 1 Bandsägenblatt** und **15 Stück Kehlleisten** gegen Barzahlung versteigert werden.
Sammelort: Hölzel's Restauration.

Bischofswerda, am 21. September 1908. **Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.**

Bekanntmachung

der Ortskrankenkasse für gewerbliche Arbeiter Großharthau und Umgegend.

Sonntag, den 27. September 1908, nachmittags 4 Uhr,

in **Lehmanns Restaurant**

außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag und Beschlußfassung über die Erhöhung der Gebühren-Taxe der Herren Kassenärzte.
(Schluß der Präsenzliste 5 Uhr.)

Großharthau, 20. September 1908.

Der Kassen-Vorstand.
Fr. Ran, Vorsitzender.

Die Resultate des sozialdemokratischen Parteitages.

Da bekanntlich die sozialdemokratische Partei in Deutschland in bezug auf den Anhang unter den Wählern eine der stärksten Parteien ist, so ist es schon notwendig, sich die Resultate des großen sozialdemokratischen Parteitages, der vorige Woche in Nürnberg stattgefunden hat, etwas genauer anzusehen. Was die Genossen unter sich in den reinen inneren Angelegenheiten ihrer Organisation ausmachen und beschließen, das interessiert eigentlich weniger die öffentliche Meinung, aber von großer politischer Bedeutung ist es für die Beurteilung der Sozialdemokratie und für die künftige Haltung, welche die Regierung wie die übrigen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie einzunehmen haben, wie sich die sozialdemokratische Parteileitung zu den positiven Aufgaben im Reiche und in den Bundesstaaten stellt, und da muß man sagen, daß die Resultate des sozialistischen Parteitages in Nürnberg nur zu deutlich gezeigt haben, daß der Radikalismus und die Unversöhnlichkeit, verbunden mit einem politischen Fanatismus, nach wie vor die treibenden Kräfte im sozialdemokratischen Lager sind, und es geradezu verhindern, daß irgend eine Annäherung der übrigen Parteien an die Sozialdemokratie stattfinden kann. Die Revisionisten unter den Sozialisten, die bekanntlich eine Aenderung des sozialdemokratischen Parteiprogrammes für notwendig halten und gewisse unmögliche Forderungen aus dem Parteiprogramm ausgeschaltet wissen wollen, sind auf dem Parteitage in Nürnberg ebenso unterlegen, wie die süddeutschen Sozialdemokraten, die es vielfach für notwendig hielten, daß sozialdemokratische Landtagsabgeordnete im Interesse des betreffenden Bundesstaates auch für das Budget stimmen müßten. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat eben in dieser Frage jedes Entgegenkommen abgelehnt, und der Beschluß des Parteivorstandes, der eine ausdrückliche Mißbilligung der Haltung der süddeutschen Sozialdemokraten in der Budgetfrage der Bundesstaaten enthält, ist mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen worden. Zu dieser Resolution hat nun allerdings der sozialdemokratische Abgeordnete Segitz im Namen und Auftrage von 7 sozialistischen Abgeordneten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen die Erklärung abgegeben, daß sie zwar den sozialdemokratischen Parteitag als den legitimen Vertreter der sozialistischen Gesamtpartei anerkennen und auch seine Entscheidungen in allen prinzipiellen und taktischen Angelegenheiten, die das Deutsche Reich betreffen, billigen, daß sie aber an der Ansicht festhalten, daß in den besonderen Angelegenheiten der Landespolitik in den einzelnen Bundesstaaten die Landesorganisation der Sozialdemokratie die geeignete und allein zuständige Instanz sei, welche die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der den Landesorganisationen verantwortlichen Landtagsfraktionen vorbehalte. Diese Erklärung des Abgeordneten Segitz ist von den süddeutschen Genossen mit stürmischem Beifall begleitet worden. Die süddeutschen Sozialdemokraten wollen sich also in bezug auf ihre Stellung zu den Aufgaben der süddeutschen Landtage keine Vorschriften von der Parteileitung der Gesamtpartei machen lassen, ob auch durch diese Haltung der süddeutschen Sozialisten wirklich ein Keil in die künftige Entwickelung der Sozialdemokratie getrieben wird, muß noch sehr bezweifelt werden, denn die einflußreichsten sozialistischen Führer sind sich nur zu bewußt, daß ihre Agitation nur dann auf die Dauer wirksam ist, wenn sie ganz radikale, d. h. von der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft als unerfüllbar angesehene Forderungen aufstellen und demgemäß durch schroffe Ablehnungen im deutschen Reichstage glänzen. Man muß auch bedenken, daß in dieser radikalen Haltung ein sehr bequemes Mittel für die sozialdemokratische Agitation und für den Ruhm der Parteigrößen enthalten ist, denn die Sozialdemokraten brauchen ja nach diesem Parteirezepte nur die Hände in die Taschen zu stecken und im Reichstage wie in den Landtagen bei jeder wichtigen Vorlage heftig „Nein" zu brüllen. Dann hat sich die Sache für sie bestens erledigt, und der ganze Staat mit seinen 62 Millionen Einwohnern und seinen riesigen Aufgaben für die Erhaltung der Sicherheit und für die Entwickelung der Kultur kann ja dann sehen, wie er mit dem sozialistischen Proteste weiterkommt. Nun, für solche politischen Spiegelfechtereien gibt es bei den Reichstagswahlen und bei den Beratungen im Reichstage auch noch die richtige Antwort. △

Deutsches Reich.

Die militärische Reisezeit des Kaisers hat mit seiner Anwesenheit bei den Endmanövern zwischen dem 1. und dem 17. Armeekorps in Ostpreußen, denen der oberste Kriegsherr im Gelände bei Hohenstein beiwohnte, für dieses Jahr im allgemeinen ihren Abschluß erreicht. Von Hohenstein aus hat sich der Kaiser nochmals nach Hubertusstock zu einem mehrtägigen Jagdaufenthalte begeben.

Eine neue Friedenskundgebung Kaiser Wilhelms ist zu verzeichnen. Sie ist in der dankenden telegraphischen Antwort enthalten, welche der Monarch der interparlamentarischen Friedenskonferenz in Berlin auf deren an ihn gerichtetes Huldigungstelegramm zugehen ließ. In seiner Antwortdepesche spricht der Kaiser neben seinem Dank für die ihm von der Konferenz gewordene Begrüßung die Hoffnung aus, daß sich die Konferenzteilnehmer in Berlin wohlfühlen würden, und betont zuletzt, wie sehr ihm die Erhaltung der Segnungen des Weltfriedens am Herzen läge.

Die diplomatische Friedensrede, welche vom Reichskanzler Fürsten Bülow zur Eröffnung der interparlamentarischen Konferenz in Berlin gehalten worden ist, hat nicht nur in den deutschen Zeitungen, sondern auch in der Auslandspresse ein sehr freundliches Echo gefunden. Namentlich die Pariser und Londoner Blätter halten mit ihrer Anerkennung der so versöhnlich klingenden Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers nicht zurück, wobei vielfach allerdings auch der Wunsch zum Ausdruck gelangt, daß die Taten der deutschen Diplomatie mit diesen Versicherungen von leitender Stelle mehr in Einklang stehen möchten. — Die interparlamentarische Konferenz genehmigte in ihrer Versammlung vom vergangenen Freitag eine vom ehemaligen österreichischen Finanzminister v. Plener beantragte Resolution zur Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, weiter einen ebenfalls diese Materie behandelten Antrag des Schweizers Gobat und stimmte schließlich einer vom Dr. Pachnicke namens der deutschen Gruppe befürworteten Resolution betreffs der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See zu.

Der Bundesrat hielt am 18. September die erste Sitzung nach seiner Sommerferienpause ab. Der Reichskanzler Fürst Bülow führte den Vorsitz, ferner waren die leitenden Minister und die Finanzminister der meisten Einzelstaaten anwesend. Auf der Tagesordnung stand die Reichsfinanzreform; in einer Ansprache wies Fürst Bülow auf die große innerpolitische und nationale Bedeutung dieses Problems hin und ersuchte die anwesenden